

Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik

Theodor-Heuss-Kolloquium vom 9. bis 11. September 1999 in Marbach

Das Theodor-Heuss-Kolloquium 1999 fand vom 9. bis 11. September unter dem Titel „Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik“ im Deutschen Literaturarchiv Marbach unter der Leitung von Gangolf Hübinger und Thomas Hertfelder statt. Der Titel „Kritik und Mandat“ bezeichnete das Spannungsfeld, in dem sich der Intellektuelle als „Störungsfaktor“ ungerecht empfundener Ordnungen und als „Durchsetzungsfaktor“ neuer oder „Verwalter“ etablierter Ordnungen mit der Übernahme politischer Ämter bewegt.

Ralf Dahrendorf hielt im Stuttgarter Rathaus einen öffentlichen Vortrag unter dem Titel „Umbrüche und normale Zeiten: Braucht Politik Intellektuelle?“, der zugleich die Eröffnung des Theodor-Heuss-Kolloquiums bildete. Ausgehend von der Revolution in Ostmitteleuropa von 1989 bestimmte er die „Einheit von Politik und Moral“ als Charakteristikum großer politischer Umbrüche, in denen Intellektuelle zu politisch Handelnden würden. Unter den Bedingungen „normaler Freiheit“ hätten Intellektuelle darüber hinaus eine permanente Funktion: Politik bedürfe der Ideen und Maßstäbe; „beide werden von denen geliefert, die mit dem Wort umgehen“. Deutschlands Umbrüche hätten seine Intellektuellen zumeist „in einer wenig rühmlichen Position“ gezeigt. Für die Bundesrepublik zog er dennoch ein überwiegend positives Fazit. „Große geistige Ereignisse“ seien die Entwicklung „einer immer auch politischen Literatur“ oder die zeitgeschichtliche Forschung gewesen.

In drei Sektionen widmeten sich die Referenten des Kolloquiums der „Geburt des Intellektuellen in der Krise des Liberalismus“, den „radikalen Propheten und radikalen Tätern“ der Zeit von 1918 bis 1945 und der Rolle der Intellektuellen in den Staatsbildungen von 1918 und 1949. Im Mittelpunkt stand die Frage nach der Rolle, die Intellektuellen in „zugespitzten politischen Krisen“ zukommt und insbesondere danach, ob diese sich in Ausnahmesituationen auf ihr „Proprium der Kritik“ zurückziehen oder mit der Übernahme von Ämtern, als Mandatsträger oder Parteifunktionäre auch politische Verantwortung übernehmen. Die Art ihrer Intervention in die Politik, die Frage nach ihrer Positionierung im „intellektuellen Feld“ und die Rolle der Medien bildeten den Leitfaden, an dem sich die Referenten orientierten. Ausgangspunkt für die Annäherung an die ausgewählten Protagonisten bildeten die Arbeiten Max Webers, Pierre Bourdieus, Christoph Charles und Joseph A. Schumpeters. Die Krise des „ständisch vergesellschafteten“ Liberalismus und der durch den Pluralismus antagonistischer Werte gekennzeichnete, entstehende politische Massenmarkt wurden als soziale Voraussetzung der Intellektuellenexistenz bestimmt.

Ursula Krey zog für den Naumann-Kreis eine zwiespältige Bilanz seines Wirkens. Er sei einer der „Geburtsorte des Intellektuellen in Deutschland“ gewesen. Seine Angehörigen hätten sich auf die Krisen der Zeit eingelassen und nach „politischen Alternativen mit gesellschaftlicher Tragweite“ gesucht. Der Kreis habe eine Metamorphose vom konservativ-protestantischen Zusammenschluß junger Theologen in eine „durch Charisma fokussierte“ oppositionell-liberale Emanzipationsbewegung durchlaufen, in der konfessionelle Grenzen überwunden wurden. Während die Gruppe der „Weggefährten“ Friedrich Naumanns sozial homogen gewesen sei, stellten die „Multiplikatoren“ eine dynamische und die „Rezipienten“ eine zunehmend heterogene Gruppe dar, in der sich auch Handwerker und Arbeiter nachweisen lassen. Unter dem Schlüsselwort „Demokratie“ entwickelten sich Ansätze eines Politikverständnisses, die „integrativ, partizipativ und egalitär angelegt waren“. Neben Vorträgen stellte „Die Hilfe“ das wichtigste Medium der Meinungsbildung dar. Der gescheiterte Nationalsozialismus habe allerdings die Grenzen der Integrationskraft verdeutlicht. Naumanns Publikationen stießen in akademischen Kreisen auf Ablehnung, lösten andererseits zahlreiche intellektuelle Debatten aus und fanden, wie seine Schrift „Mitteleuropa“ von 1915, ein breites Publikum. Nach 1918 drohten dem Naumann-Kreis aufgrund seiner offenen Strukturen Fragmentierung und Absorption. Andererseits wurde mit der Staatsbürgerschule eine Institution

verwirklicht, die sich der angestrebten „Erziehung zur Politik“ widmete, die politische Bildung als Vermittlung von Wissen und Urteilsfähigkeit und somit als Beitrag zur Demokratisierung verstand.

Martin Sabrow beschrieb Walther Rathenau und Maximilian Harden gemäß der Definition Hübingers als „idealtypische Intellektuelle“. Jedoch müsse die Frage nach der Leistungskraft des Begriffes sowie der „Antinomie von Kritik und Mandat“ gestellt werden, die allen „kulturalistischen Definitionen“ des Intellektuellen zugrunde liege. Rathenau habe sein Berateramt während des Ersten Weltkrieges aufgegeben, um seiner intellektuellen Überzeugung treu zu bleiben und sich auch in seiner Befürwortung eines levée en masse als „einsamer Wächter des öffentlichen Interesses“ gefühlt, während gerade die fortgesetzte „nonkonformistische Bindungslosigkeit“ des von politischer Verantwortung Ausgeschlossenen Harden veranlaßt habe, alten Überzeugungen untreu zu werden. Die Konkurrenz zwischen beiden verweise auf den normativen Charakter der Zubilligung/ Aberkennung des Intellektuellenstatus im zeitgenössischen Diskurs; sie erweise das „sacrificium intellectus“ als rhetorische Strategie, der sich beide bedient hätten. Während Rathenau dieses nach der Übernahme des Ministeramtes in ein „sacrificium intelligentis“ umdeutete, stellte Harden sie als „biographischen Sündenfall“ eines Karrieristen dar. Von dem „geheimen Zwang zur wertenden Parteinahme“ könne sich eine historische Analyse, die sich des wertgeladenen Intellektuellenbegriffes bediene, kaum befreien. Auch die Brauchbarkeit der Kriterien des „freischwebenden Intellektuellen“ (Karl Mannheim) und der „überparteilichen Vernunft“ (Ernst Troeltsch) sei wegen der mitschwingenden Wertungen zweifelhaft. Er plädierte dafür, den Intellektuellenbegriff durch den der „kulturellen Eliten und Gegeneliten“ zu ersetzen. Die „Freund-Feindschaft“ Hardens und Rathenaus sollte als „Parallelbiographie zweier Exponenten des jüdischen Bürgertums in Deutschland zwischen Integration und Ausgrenzung“ gedeutet werden.

Thomas Hertfelder charakterisierte Theodor Heuss als Bildungsbürger; zugleich sei er auch ein Intellektueller gewesen, der sich als Kommunikator und Multiplikator in den Dienst eines Ideals stellte. Theodor Heuss' spezifische Leistung als Intellektueller liege in seiner - vor allem an der Deutschen Hochschule für Politik ausgeübten - pädagogischen Funktion als „Kommentator und Multiplikator der Legitimationsgrundlagen der Republik“. Andererseits habe er zwischen 1918 und 1933 nicht aus einem autonomen intellektuellen Feld heraus agiert. Seine informellen politischen Interventionen beruhten auf der „Einbindung in das liberale Parteimilieu“. Als Mandatsträger und Funktionär habe er eine ambivalente Position „zwischen interessegeleiteter Politik und Autonomie“ eingenommen. Dies offenbare sich in seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, in der er „die Autonomie des Intellektuellen einer nur noch instrumentellen Verantwortungsethik geopfert“ habe. Als Verfasser historischer Biographien zwischen 1933 und 1945 habe Theodor Heuss nach Kriegsende über das symbolische Kapital der Bildung verfügen können, das ihn zudem „als politisch unbelasteten Vertreter des ‚anderen Deutschland‘“ auswies.

Stefan Breuer beschrieb Arthur Moeller van den Bruck als politischen Publizisten und Organisator des Neuen Nationalismus. Seine Biographie reflektiere den Wandel vom Bildungsbürgertum zur Entstehung des Intellektuellen. Die Einordnung des Literaten und Bohémien in die „politische Romantik“ (Heuss) bedürfe der Präzisierung. Er habe die modernen Revolutionen begrüßt und die ästhetische Romantik zurückgewiesen. Andererseits reflektiere sein Schaffen eine „romantisch-existentialistische“ Grundkonstellation. Übermenschenskult und Lösung von der Tradition stünden neben dem Erschrecken vor dem Chaos der Möglichkeiten. Dies erkläre dessen „obszessive Suche nach etwas Begrenzendem“. Moeller van den Bruck habe die „Wiederverwurzelung in der Tradition“ aber nicht gegen geschichtliche Dynamik und wissenschaftlich-technischen Fortschritt, sondern durch deren Beschleunigung realisieren wollen. Er habe zu den ersten gehört, die an einer Synthese des Nationalen und des Sozialen arbeiteten. Inklusion breiter Schichten und nationaler Ausgleich mit der Sozialdemokratie seien dafür charakteristisch. Nicht zuletzt die Aufnahme des neuen Nationalismus erkläre die Wahlerfolge der NSDAP seit 1930.

Bernhard H. Bayerlein betonte, die Gegenüberstellung von Kritik und Mandat lasse sich nicht auf kommunistische Intellektuelle in der Weimarer Republik übertragen. Diese stellten einen neuen Typ

dar, den er als „Kollektivwesen“ beschrieb, da sie ihre Autonomie zugunsten der „wissenschaftlichen Weltanschauung“ aufgeben hätten. In einer Typologie „systematischer Verhaltenstypen“ ließen sich dennoch drei Typen abgrenzen; oppositionelle Strömungen innerhalb des Kommunismus, eine andere Gruppe, die den Stalinismus widerwillig als „Pubertäterscheinung“ akzeptierte und die parteitreuen Intellektuellen. Die Partei habe auf allen Stufen ihres Apparates der Intellektuellen bedurft. Deren Funktionen reichten von „Populisten“ und „Narren“ für die grobe Arbeit, über „Redner“ und „Apparatschiks“ bis zu „Außenseitern“. Intellektuelle übernahmen Funktionen in der Organisation der politischen Öffentlichkeit, dem Knüpfen von persönlichen Bindungen einschließlich der Kontrollmöglichkeiten bis hin zur Ausweitung des ideologischen Zugriffs auf vormals von der KPD unabhängige Vertreter der Kritik in der Gesellschaft. Es gehe vor allem darum, ein breite kollektivbiographische Forschung zu initiieren, die aufgrund der späten Öffnung der Moskauer Archive noch am Anfang stehe.

Ulrich Herbert fragte nach den Bedingungen, unter denen intellektuelle Debatten in der NS-Diktatur möglich waren. Als Beispiel wählte er die Auseinandersetzung um die Prinzipien einer deutschen Großraumverwaltung in Europa, die Carl Schmitt mit den Intellektuellen des SD zwischen 1939 und 1941 öffentlich führte. Politisch sei sie gekennzeichnet durch die Frontlinie zwischen einem Vertreter der alten, republikfeindlichen Akademikerelite und den auf Radikalisierung drängenden neuen Eliten im inneren Zirkel von SD und SS. Zugleich weise sie eine Frontlinie zwischen der älteren Generation und den ebenfalls akademisch gebildeten Eliten des SD auf, die der „politischen“ Generation der Kriegsjugend angehörten und ihre politische Sozialisation in den Wirren nach der Revolution und in der völkischen Jugendbewegung erfuhren. Diese hätten den völkischen Radikalismus als in sich stimmige Weltanschauung erlebt, die in der Lage sei, die Widersprüche der modernen Industriegesellschaft auf gesellschaftsbiologischer und rassistischer Grundlage zu erklären und „moderne“, d.h. im Einklang mit dem Fortschritt in Wissenschaft und Technik stehende „Lösungen“ aufzuzeigen. Schmitt entwickelte unter dem Eindruck der Zerschlagung der „Rest-Tschechei“ 1939 die Konstruktion der „völkerrechtlichen Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“. Er legitimierte das deutsche Vorgehen, hielt für die Beziehungen zwischen den „Reichen“ aber an allgemeinen Prinzipien fest und lehnte den Volksbegriff als zentrale Kategorie des Völkerrechts ab. Dagegen hatten die Intellektuellen im SD ihre Theoreme der „Umvolkung“ bereits weitgehend entwickelt oder waren - wie Werner Best - mit der Definition der Aufgaben für die Sicherheitspolizei in Polen beschäftigt. Grundlage hierfür bildete ein ethnisch-biologisch definierter Volksbegriff, die Vorstellung von Völkern als den Subjekten der Geschichte und die Absage an Wertmaßstäbe jenseits der Interessen eines „Volkes“. Schmitts Festhalten am Völkerrecht als eine „wertbezogene Form überstaatlichen Rechts“ hätten die neuen Eliten nur als hemmend auffassen können. Den nationalsozialistischen Völkermord wertete Ulrich Herbert nicht als Ausdruck „technischer Rationalität“ bei technokratischer Indifferenz gegenüber den Zwecken des eigenen Handelns. Die Haltung der Intellektuellen in der Politik sei vielmehr Ausdruck einer „absoluten Wertrationalität“ gewesen, die den Handelnden durch ihre Geschichtsgewißheit Zweifel an den letzten Zielen erspart und den Leitern der Einsatzkommandos als „Entlastungs- und Enthemmungsdiskurs“ gedient habe.

Gangolf Hübinger plädierte mit Blick auf Gustav Radbruch und Rudolf Hilferding in Anlehnung an Joseph Schumpeter dafür, die prinzipielle Opposition von Kritik und Mandat für die Kennzeichnung der intellektuellen Rollen aufzugeben. Schumpeter habe die Funktion der Intellektuellen darin bestimmt, daß sie den „moralischen Kodex einer Epoche“ - gerade innerhalb politischer Bewegungen und Institutionen - „präformieren“. Radbruch und Hilferding hätten entscheidenden Einfluß auf die Transformation der SPD von einer „radikalen weltanschaulichen Oppositionspartei in eine republikanische Regierungspartei“ gehabt. Dabei markierten die Abkehr von „bildungsbürgerlicher Machtdistanz“ auf der einen Seite, von „marxistischer Fundamentalopposition“ auf der anderen, ihre Positionierung in den Kämpfen der Weimarer Republik. Radbruch sei vom Neukantianismus nachhaltig beeinflusst worden. Dieser habe ihn über den juristischen Positivismus hinaus geführt, wie es in seiner Formel vom „gesetzlichen Unrecht“ zum Ausdruck komme. Hilferding sei zum

entscheidenden Theoretiker des Verhältnisses von demokratischem Interventionsstaat und kapitalistischer Industriegesellschaft geworden, das er in der Formel vom „Organisierten Kapitalismus“ bestimmte. Die ursprünglich anvisierte Revolution habe er zugunsten der Transformation durch eine schrittweise Erringung der Wirtschaftsdemokratie aufgegeben.

Hartmut Soell beschrieb die Rolle, die sozialdemokratische Intellektuelle in der frühen Bundesrepublik für die SPD spielten. Zentrale Themen waren die wirtschaftliche Neuordnung und die ethische Begründung eines demokratischen Sozialismus. Die erste Debatte war durch Annäherung an die Marktwirtschaft gekennzeichnet. Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wurden in der zweiten zur programmatischen Grundlage. Der Abschied von der Vorstellung einer Zwangsläufigkeit der historischen Entwicklung verband die verschiedenen Gruppen der Intellektuellen. Konsequenzen zogen sie in einer „Handlungslehre“. Sie betonte die Abkehr vom Weltanschauungsverein, den Wettbewerb um politischen Einfluss mit anderen Parteien und die Einsicht, dass zentrale Fragen nicht a priori zu entscheiden seien. Sie verzichtete auf Glaubensgewißheiten, nicht jedoch auf politische Inhalte und intellektuelle Kritik. Die Protagonisten bezeichnete er als Typus des „aktivistischen Intellektuellen“, der aus der Erfahrung des Nationalsozialismus abstrakte Einsichten gewonnen hatte und Verantwortung in der Politik zu übernehmen bereit war.

Werner Müller beschrieb ein ambivalentes Bild kommunistischer Intellektueller in der SBZ und der frühen DDR. Der Kulturbund fand zunächst breite, sich allerdings mehr und mehr auf das eigene Lager beschränkende Resonanz. Weniger erfolgreich sei die KPD/SED-Führung in der „Beherrschung der Intellektuellen durch Organisation“ in der Wissenschaft gewesen. Die Intellektuellen charakterisierte er als „Verwalter“ und „Referenzpersönlichkeiten“, die Wichtiges für die Zukunft des Regimes leisteten, jedoch nicht in den innersten Zirkel der Macht vordrangen. Die Grundlinien seien von Parteiideologen vorgegeben worden. Debatten um Grundfragen oder aktuelle Probleme zwischen Parteiführung und Intellektuellen habe es kaum gegeben. Mit der Stalinisierung der Partei seit 1947 habe „vollends der Raums für eigenständige Reflexionen über Probleme des Marxismus“ gefehlt. Viele Intellektuelle hätten die „führende Rolle“ der Partei akzeptiert, allerdings seien Abweichungen „schon im Vorfeld des herrschaftsrelevanten Bereiches“ mit Sanktionen belegt worden.

Die Referate des Kolloquiums werden in einem Tagungsband der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus Stuttgart veröffentlicht.

Alexander Stephan Affeldt